

Auf dem Weg zur kommunalen Schule?

***Kritische Beiträge zur Kommunalisierung
staatlicher Bildungsaufgaben***

Februar 2014

***Herausgeber: KLARtext e.V.
c/o Rainer Roth
Berger Str. 195
60385 Frankfurt***

***mit Unterstützung der GEW Hessen
und des Vereins Schule&Erziehung Aschaffenburg e.V.***

INHALTSVERZEICHNIS

Karola Stötzel

VORWORT 7

Herbert Storn

KOMMUNEN UNTER DEN „RETTUNGSSCHIRMEN“ 9

Alle reden von Kommunalisierung der Bildung..... 9

Gute Argumente für Kommunalisierung?11

Kooperieren statt kommunalisieren!..... 13

Schrittfolge: Leistungsabbau - schlechreden - privatisieren! 13

Kommunen als Vorreiter der Ökonomisierung..... 14

Von der Kommunalisierung zur Ökonomisierung der Bildung 15

Noch einen Schritt weiter: „Lernen vor Ort“ - Vordenker Deutsche Bank..... 16

Postdemokratie? 19

Jens Wernicke

MARKTBEREITUNG IM BILDUNGSSYSTEM..... 20

Reinhard Frankl

ASCHAFFENBURG: EIN KOMMUNALER BILDUNGSLEITPLAN!..... 27

11. September 1973 – schwarzer Tag für die öffentlichen Güter 27

Der Gute Geist aus Gütersloh? 29

Und immer wieder: „Lebenslanges Lernen“ 31

Hilfestellung auf der Jagd nach „Schlüsselqualifikationen“ 32

Bürgerschaftliches Ehrenamt statt solider Bildungsfinanzierung 33

Uli Ludwig: Interview mit Lars Hallenberg

KOMMUNALISIERUNG DER SCHULEN IN SCHWEDEN

EIN RÜCKBLICK AUS GEWERKSCHAFTLICHER SICHT 35

Uli Ludwig

BEISPIEL SCHWEDEN:

KOMMUNALISIERUNG DER SCHULEN ALS NEOLIBERALES PROJEKT 40

Matthias Holland-Letz

SCHUL-PRIVATISIERUNG IN DEN USA

CHARTER SCHOOLS AUF DEM VORMARSCH..... 48

1. Intro..... 48

2. Was Charter Schools von Public Schools unterscheidet 49

3. Charter Schools als Element einer umfassenden Privatisierungsstrategie 51

4. "Bildung ist keine Ware" - Gegen Privatisierung 52

5. Charter Schools auch in Deutschland? 55

6. Fazit 57

DIE AUTOREN..... 58

Vorwort

Die Gemeinde Rothenbuch in Unterfranken senkt die Wasserpreise. Zwar habe man bei der Trinkwasserversorgung Verluste gemacht, die jedoch durch die Abwasserbewirtschaftung wieder hereingeholt werden konnten. Interessierten Versuchen in der Vergangenheit, die eigene örtliche Wasser- und Abwasserversorgung einem überregionalen, vermeintlich preiswerteren privaten Wasserversorgungsbetrieb zu übertragen, hatte die Gemeinde widerstanden. Auf „ihr Wasser“ lassen die Bürger der Gemeinde nichts kommen. In hervorragender Qualität und ohne Chlor kommt es aus der Leitung.

Ähnliche Erfolge werden landauf landab beim Aufbau dezentraler, ökologischer, erneuerbarer Energieversorgung gemeldet. Die Vorteile einer demokratisch kontrollierten Energieversorgung, die Ressourcen und Umwelt schont, die Geldbörsen der Bürger nicht ausplündert und auch noch Geld in die Gemeindekassen für soziale öffentliche Aufgaben spült, liegen klar und verführerisch auf der Hand – wie zuletzt erfolgreich durch den Bürgerentscheid in Hamburg gezeigt.

Warum also nicht Schule kommunalisieren? Wird dann nicht alles besser, wie die Befürworter sagen?

Bildung zielt auf die Entwicklung *aller Fähigkeiten* und *Potenziale* des Menschen und befähigt ihn zu einem *selbstwirksamen* und *selbstbestimmten* Leben. Bildung zielt auf eine aufgeklärte, soziale und solidarische Gesellschaft. Sie ist der Emanzipation und Humanität verpflichtet. Sie dient der Weiterführung und -aneignung des Menschen und hat universellen Charakter.

So wenig es sein kann, dass von Bahnhof zu Bahnhof ein anderer Fahrplan gilt, kann es also nicht sein, dass in Schulen von Ort zu Ort ein anderer Bildungs“fahrplan“ gilt, die Bildung von Kindern und Jugendlichen örtlichen Gegebenheiten überantwortet und örtlichen privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird. Negative Beispiele fehlgeleiteter regionaler Aus- und Weiterbildung lieferte das ehemalige Arbeitsamt zu Beginn der 2000er Jahre in Nordhessen in Hülle und Fülle, als sich dort einige Logistikunternehmen ansiedelten. Andere Angebote als dieser Branche dienlich, gab es beim Arbeitsamt nicht mehr.

Schlimm genug, dass schulische Bildung in 16 Bundesländern unterschiedlich gestaltet wird, ein Schulwechsel von Bremen nach Bayern eine biografische Hürde für Kinder und Jugendliche bedeutet. Ein Ausbund an Deregulierungswahn aber ist die Vorstellung eine Schullandschaft zu schaffen, in der 11.418 Gemeinden um bildungspolitische Standortvorteile wetteifern und in der sich Schule je nach Kassenlage der Kommune besser oder mangelhaft gestaltet. Die Kommunen haben den geringsten Einfluss auf ihre finanzielle Situation, da sie die Steuereinnahmen faktisch nicht beeinflussen können.

Hinzu kommt, dass die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland dem grundgesetzlich verankerten sogenannten „Subsidiaritätsprinzip“ verpflichtet ist.

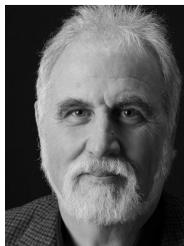
Dieses besagt, dass überall dort, wo staatliches Handeln durch private Unternehmung(en) ersetzt werden kann, dies prioritär zu erfolgen hat. Die negativen Auswirkungen dieses „Ersetzungsgebotes“ sind im Gesundheitswesen, angefangen von den Reinigungskräften, in der Behindertenhilfe über die Altenpflege, aber bereits auch in Schulen bei den privaten Trägern von Nachmittagsangeboten sowohl für die Betroffenen als auch bei den Beschäftigten inzwischen offenkundig.

Das Heilsversprechen der Kommunalisierung von Bildung darf als der Vorsatz verstanden werden, das Recht auf Bildung weit zu untergraben. Alle Beiträge der vorliegenden Broschüre liefern hierfür fundierte Beispiele.

Karola Stötzel

Stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen

Die Autoren



Reinhard Frankl

geb. 1954, Grund- und Hauptschullehrer im Landkreis Aschaffenburg, ab Ende der 80iger Jahre Funktionen auf verschiedenen Gliederungsebenen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), u.a. 2005-2012 Sprecher der AG Bildungsfinanzierung beim Hauptvorstand der GEW; Sprecher von At-tac Aschaffenburg, Vorstandsmitglied von KLARtext e.V.



Matthias Holland-Letz

geb. 1961, Diplom-Volkswirt (sozialwissenschaftliche Richtung), freier Fachjournalist für Politik und Wirtschaft, seit 1993 vor allem für den WDR (Hörfunk, Fernsehen, Internet), seit 2006 auch für die GEW tätig. Zu seinen Veröffentlichungen zählen die Broschüren der GEW-Reihe „Privatisierungsreport“ wie „Private Stiftungen versus demokratischer Staat.“



Uli Ludwig

geb. 1947, bis 2012 Lehrer in Hamburg, seit 1978 in verschiedenen GEW-Funktionen aktiv, Mitarbeit in der AG Bildungsfinanzierung seit ihrer Gründung, Mitglied im KLARtext e.V., Mitarbeit in der Redaktion der Zeitschrift „Hamburg Debatte“ und schwedischer Staatsbürger.



Herbert Storn

geb. 1947, Diplom-Handelslehrer, 39 Jahre als Berufsschullehrer in Frankfurt am Main tätig, ehrenamtliche Gewerkschaftstätigkeit in unterschiedlichen Funktionen; im Hauptpersonalrat der Lehrkräfte u.a. mit der Einführung der „neuen Verwaltungssteuerung“ in Hessen und anderen Steuerungsmodellen befasst, Mitglied im KLARtext e.V.



Jens Wernicke

geb. 1977, Diplom-Kulturwissenschaftler (sozialwissenschaftliche Richtung), Referent für Bildungspolitik der GEW Hessen sowie freier Journalist für Bildungsthemen. Zudem (Mit-) Herausgeber dreier Bücher, darunter: Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Mitglied im KLARtext e.V.